Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 8. Oktober 2008
Ausgabe 193

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **5**
› OB Ude: Münchner Haushalt vor einer Zeitenwende 5
› Münchens Haushalt 2009 12
› Münchens Personalhaushalt beträgt 2009 rund 1.465,5 Millionen Euro 26
› Glückwünsche für Gloria Coates zum 70. Geburtstag 31
› Neues Angebot für Perlacher Seniorinnen und Senioren 32
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 13 34
› StartUp München 2008 – Die Trainingsplattform für Existenzgründer 35
› Versteigerung im Kassen- und Steueramt 36
› Geänderte Öffnungszeit des Umweltladens am 9. Oktober 36
› Auszeichnung für Waldberta-Stipendiaten Peter Johann Engelmayer 36
› Filmreihe „Junger Deutscher Film" im Filmmuseum 37
› Villa Waldberta: Hommage an ein freundliches Gespenst 38
› Klavierkonzert mit Waldberta-Stipendiat Paolo Marzocchi 38
› Fotoausstellung von Calvin Dondo aus Simbabwe 39

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **40**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 10 Uhr,
„Schwere Reiter", Dachauer Straße 114
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers eröffnet das zweitägige Symposium „Wir sind so frei?!" zur Zukunft der Münchner Theater- und Tanzszene.
Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wir gebeten bei Annette Geller unter gelleran@web.de oder bei der Pressestelle des Kulturreferats, Telefon 2 33-2 60 05.

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 11.30 Uhr,
Gaststätte „Forsthaus Kasten" in Gauting
Anlässlich der Festveranstaltung zur 800-Jahr-Feier der Heiliggeistspital-Stiftung spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) Grußworte. Im Anschluss gibt es einen Vortrag zur Geschichte und zur modernen Altenhilfe sowie eine Kutschfahrt durch den Wald.
Die Stiftung, zu der der Forst Kasten im Südwesten Münchens und das Altenheim Heiliggeist am Dom-Pedro-Platz in Neuhausen gehören, ist die älteste von der Stadt München verwaltete Stiftung.
Anfahrt: Um 9.45 Uhr geht ein Bus vom Nationaltheater am Max-Joseph-Platz nach Forst Kasten; oder mit der U3 bis Fürstenried-West, von dort mit dem Taxi zur Gaststätte.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 14 Uhr, Versicherungskammer Bayern,
Sitzungssaal 3.418, Maximilianstraße 53
Stadtdirektor Dr. Günter Wegrampf, Referat für Gesundheit und Umwelt, überreicht die attraktiven Preise an die Gewinnerinnen und Gewinner der Mitmachaktion „Mit dem Rad zur Arbeit" aus der Region München. Bereits zum achten Mal landesweit und zum vierten Mal bundesweit aktivierte die gemeinsame Mitmachaktion des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) und der AOK wieder zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Firmen, Unternehmen und Kommunalverwaltungen, für den Weg zur Arbeit gesundheits- und umweltbewusst das Rad zu nutzen. Im

Rahmen der Veranstaltung wird ein Vertreter der AOK die Preise der Sponsoren für die Gewinnerinnen und Gewinner aus ganz Bayern überreichen. Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 17 Uhr, Ratstrinkstube
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht die vom bayerischen Innenminister Joachim Herrmann an acht Münchnerinnen und Münchner verliehenen Medaillen für besondere, langjährige Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung.

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 19 Uhr,
Münchner Stadtmuseum/Sammlung Fotografie
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers eröffnet die Ausstellungen „Das Leben der Dinge. 1840 bis 1985. Die Idee vom Stilleben in der Fotografie" (Sammlung Dietmar Siegert) und "Stilles Leben. 1910 bis 2008. Wenn die Dinge träumen" (Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums). Der Leiter der Sammlung Fotografie, Dr. Ulrich Pohlmann, gibt eine Einführung, Dr. Wolfgang Till, Direktor des Münchner Stadtmuseums, spricht Grußworte.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 9. Oktober, 11 Uhr.

Wiederholung
Donnerstag, 9. Oktober, 19 Uhr, Augustiner-Keller, Arnulfstraße 52
Oberbürgermeister Christian Ude begrüßt die Teilnehmer und Gäste des diesjährigen ADAC-JuristenCongresses. Der 34. ADAC-JuristenCongress findet vom 9. bis 11. Oktober in München statt.

Freitag, 10. Oktober, 12.30 Uhr, Thierschstraße 2
Im Anschluss an die MVV-Verbundratssitzung stellt der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der MVV GmbH und zugleich der Vorsitzende des Sprecherrats der Initiative Europäische Metropolregion München, Oberbürgermeister Christian Ude, die neue AboPluscard vor. Mit der AboPluscard brauchen Pendler, die in der Europäischen Metropolregion München regelmäßig über Grenzen der Verbundgesellschaften hinweg unterwegs sind, für die Gesamtstrecke nur noch eine Fahrkarte. Damit wird die Nutzung von Bus und Bahn noch attraktiver. Im Rahmen dieses Termins werden alle beteiligten Verkehrsunternehmen die Verträge für die AboPlusCard unterzeichnen.

Sonntag, 12. Oktober, 10 Uhr,
Ackermannstraße beim Olympiagelände
Bürgermeisterin Christine Strobl gibt den Startschuss zum 23. München Marathon. Tausende Laufbegeisterte werden an diesem Tag wieder auf den Straßen Münchens unterwegs sein und die abwechslungsreiche Strecke, die „Sightseeing pur" verspricht, erleben.

Sonntag, 12. Oktober, 11.30 Uhr,
Katholisches Stadtpfarramt St. Lantpert, Torquato-Tasso-Straße 40
Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Stadtpfarrei München-St. Lantpert überbringt Bürgermeisterin Christine Strobl die Grüße der Landeshauptstadt. Die Pfarrgemeinde St. Lantpert ist als eine Tochtergemeinde der Pfarrei St. Georg entstanden. Am 1. Juli 1958 wurde durch Erzbischof Josef Kardinal Wendel eine eigene Pfarrkurie gegründet und am 14. September desselben Jahres erhielt die Kirche durch Weihbischof Johannes Neuhäusler die Weihe.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 15. Oktober, 19 Uhr,
Gaststätte „Unions-Bräu", Grüner Saal, Einsteinstraße 42
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 15. Oktober, 18.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart) mit der Vorsitzenden Antonie Thomsen.

Mittwoch, 15. Oktober, 19.30 Uhr,
Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen - Am Hart).

Mittwoch, 15. Oktober, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 15. Oktober, 19 Uhr,
Gaststätte „Aubinger Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 15. Oktober, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Aubinger Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

OB Ude: Münchner Haushalt vor einer Zeitenwende
(8.10.2008) Die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Christian Ude in der heutigen Vollversammlung des Stadtrats hat folgenden Wortlaut:
„Die letzten Haushaltsjahre waren gekennzeichnet von zunehmender Wirtschaftskraft und Stabilität. So konnte ich die Rede zur Einbringung des städtischen Haushalts 2008 unter das Motto stellen: ***‚Großes Vermögen, hohe Investitionen, sinkende Schulden'.*** Dieser hohe Anspruch konnte auch mit Zahlen und Fakten unterlegt werden: Nach der Eröffnungsbilanz beträgt das städtische Vermögen, selbst wenn man die Beteiligungsunternehmen der Stadt nur mit ihrem Stammkapital und nicht dem viel höheren Verkehrswert berücksichtigt, über 19 Milliarden Euro. Die Investitionen, die in meiner nunmehr 15-jährigen Amtszeit in Münchens Zukunftschancen getätigt wurden, belaufen sich auf fast 13 Milliarden Euro. Und die Schulden werden erfolgreich zurückgeführt, allein in den drei Jahren 2006 mit 2008 um mehr als 800 Millionen Euro. Dies alles rechtfertigte im vergangenen Jahr das selbstbewusste Motto der Haushaltsrede.
Auch heuer braucht das Selbstbewusstsein keinen Schaden zu nehmen, aber die Verhältnisse ändern sich doch gravierend. Ich möchte sogar von einer Haushaltspolitik vor einer Zeitenwende sprechen.
Umbruch im Freistaat
Damit meine ich nicht nur den gegenwärtigen Umbruch, den wir im Freistaat Bayern erleben, von einer jahrzehntelangen übermächtigen Einparteienherrschaft hin zu einer Koalitionsregierung mit stolperndem Seniorpartner und unerfahrenem Juniorpartner, so dankbar dieses Thema auch wäre. Wie sich der radikale Wandel der politischen Verhältnisse Bayerns auf die Haushaltslage Münchens auswirkt, lässt sich noch nicht sagen. Nur zwei Anmerkungen will ich zur bayerischen Landespolitik machen, weil sie in engstem Zusammenhang mit unserem heutigen Thema stehen:

1. Ich bin aus Äußerste gespannt, ob es CSU und FDP in der bayerischen Haushaltspolitik gelingt, gleichzeitig Einnahmen zu senken und die Ausgaben zu steigern und auf diese Weise die Schulden schneller abzutragen, wie es Jahr für Jahr der Münchner Stadtpolitik von CSU und FDP abverlangt wird. Die FDP hat versprochen, die Steuern zu senken und die Ausgaben für Kinderbetreuung und Bildung deutlich zu erhöhen und künftigen Generationen keine Schulden aufzubürden. Man wird sehen, welche Taten diesen Worten folgen. Vermutlich dauern Wunder etwas länger.
2. Zu den erfreulichsten Ankündigungen der FDP zur Finanzpolitik des Freistaates gehört die Aussage, dass den Schulstädten Bayerns endlich die Kosten des Lehrpersonals angemessen erstattet werden müssen, weil sie mit dem kommunalen Schulwesen eine ureigenste Verfassungsaufgabe des Freistaates erfüllen helfen und dafür ebenso wie die Privatschulen 90 Prozent der Lehrpersonalkosten ersetzt bekommen müssen. Dieses Lied habe ich beinahe in jeder meiner bislang 16 Haushaltsreden gesungen. Ich werde nicht anstehen, der bayerischen Koalitionsregierung Beifall zu spenden, wenn sich die FDP tatsächlich als Anwalt der Schulstädte erweist, schließlich geht es bei den Lehrpersonalkosten um rund 170 Millionen Euro und bei der angemessenen Kostenerstattung immer noch um einen bedeutenden dreistelligen Millionenbetrag.

Mit dem Begriff der Zeitenwende meine ich aber nicht nur die bayerische Landespolitik, sondern zwei für den städtischen Haushalt noch bedeutsamere Vorgänge: Erstens die Umstellung des städtischen Haushaltswesens nach weit mehr als einem Jahrhundert von der althergebrachten Kameralistik auf den doppischen Haushalt und zweitens die internationale Finanzmarktkrise mit ihren unabsehbaren Auswirkungen auf Münchner Finanzunternehmen, auf die Münchner Wirtschaft insgesamt und die Einnahmensituation sowie die sozialen Aufgabenstellungen im Zeichen dieser gigantischen Krise, deren wahres Ausmaß uns nur schrittweise verraten wird und wahrscheinlich immer noch nicht bekannt ist.

Einführung des doppischen Haushalts

Dass wir nach mehr als einem Jahrhundert der Kameralistik ein kaufmännisches Rechnungswesen bei der Stadt München einführen wollen, wurde schon wenige Monate nach meinem Amtsantritt am 2. März 1994 von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen, im Juli 1996 stimmten Sie dann der detailliert dargelegten Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens (NKRw) zu. Bis zum Juli 2006 erfolgte die Umsetzung des NKRw in allen Referaten, im November 2006 beschlossen Sie, dass die Stadtkämmerei den produktorientierten Haushalt einführen und bereits

den Haushalt 2009 auf doppischer Basis erstellen soll. Diese Reform war eine gewaltige Belastung nicht nur für die Kämmerei und das Personal- und Organisationsreferat, sondern für alle Referate. Ausdrücklich möchte ich mich bei allen bedanken, die mit großem Arbeitseinsatz über lange Zeiträume an diesem Reformwerk, das man tatsächlich als Jahrhundertreform bezeichnen kann, mitgewirkt haben.
Das sagt sich so leicht: Die Kommunen sollen endlich die doppische Buchführung einführen, wie es in der Freien Wirtschaft üblich und in jeder Kapitalgesellschaft sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. In der Praxis bedeutet eine derartige Umstellung aber einen gewaltigen Aufwand und einen bedeutsamen Kulturwandel. Während wir bis zum laufenden Haushaltsjahr 2008 nach den Regeln der Kameralistik nur die Einnahmen und die Ausgaben des laufenden Jahres gegenüber gestellt haben, werden wir künftig erstmalig auch den Ressourcen-Verbrauch transparent machen und so uns selber, aber auch der gesamten Öffentlichkeit die wahren Gesamtkosten aller städtischen Einrichtungen und Leistungen und Initiativen mitteilen. Der Ressourcen-Verbrauch wird künftig zu Buche schlagen. Das bedeutet aber auch, dass künftig Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen, während bislang städtische Investitionen nach ihrer Bezahlung überhaupt nicht mehr im städtischen Haushalt auftauchten.
Ich weise mit allem Nachdruck darauf hin: Aus diesem Grunde sind der Haushalt 2009 und alle folgenden Haushalte nicht mit den bisher gewohnten Haushalten zu vergleichen. Weil der Ressourcen-Verbrauch künftig zu Buche schlägt, werden wir mit einem Blick feststellen können, ob und inwieweit die Stadt ihr Vermögen vermehrt oder von der Substanz lebt. Dies war bisher nicht der Fall. Bisher galt die Regel: Wenn die Einnahmen die Ausgaben decken, gilt der Haushalt als ausgeglichen, vollkommen unabhängig davon, ob die Immobilien- und andere Vermögenswerte der Stadt veralten und abgenutzt werden oder verstärkten Reparaturbedarf aufweisen oder demnächst ersetzt werden müssen.
Während die ‚Außenwelt' die Einführung der kaufmännischen Buchführung für überfällig hält, fragen viele bewährte Schlachtrösser der Kameralistik, was der Wechsel außer beachtlicher Mehrarbeit bringt. Ich habe dazu im Grundsatzbeschluss vom 2. März 1994 ausgeführt:
‚Die Kameralistik gibt lediglich Aufschluss über den ordnungsgemäßen Vollzug des Haushaltsplans, ergibt aber – anders als die doppische Buchführung – keine nachträgliche Rechenschaft über die wirtschaftlichen Ergebnisse getroffener Entscheidungen oder Maßnahmen und gewährleistet deshalb auch keine Wirtschaftlichkeitssteuerung. Dagegen bietet die Doppik folgende Vorteile:

- Finanzierungsfälle werden lückenlos erfasst sowie informativ und führungsgerecht struktuiert. Dementsprechend werden die Grundlagen für Verwaltungsentscheidungen verbessert.
- Rechenschaft über die wirtschaftlichen Ergebnisse getroffener Entscheidungen und Maßnahmen.
- Förderung des Kostendenkens.
- Harmonisierte Deckungsgrundsätze (zum Beispiel Aktivierung und Abschreibung der Investitionen).
- Vergleichbarkeit mit der Freien Wirtschaft und kommunalen Betrieben.'

Ich halte alle Argumente, die uns 1994 bewogen haben, uns auf den mühsamen Reformweg zu begeben, unverändert für richtig. Ich füge aber einen Gesichtspunkt hinzu: Führungsinformationen nützen nur, wenn von ihnen auch Gebrauch gemacht wird. Noch deutlicher: Einblicke in die wahren Kosten führen nur dann zu größerer Wirtschaftlichkeit, wenn der Stadtrat auch tatsächlich wirtschaftlich handeln möchte. Wenn hingegen beliebte Steckenpferde völlig unabhängig von ihren Kosten geritten werden sollen, führt auch die größte Transparenz noch nicht zu Sparsamkeit. Nochmals mit anderen Worten: Der Haushalt liefert nur die Entscheidungshilfen für größere Wirtschaftlichkeit. Wirtschaftlich handeln müssen wir selber. Und je mehr wir es tun, desto mehr Widerstand werden wir spüren – von den betroffenen Stadtvierteln oder Bevölkerungsgruppen, von den betroffenen Institutionen und ihrem Personal. Darüber sollten wir uns bei aller Freude über die Realisierung des modernen Haushaltswesens mit seiner besseren Kostentransparenz keine Illusionen machen.

Die Weltfinanzkrise

Vor allem aber ist dieser Haushalt im Licht oder besser gesagt im Schatten einer Zeitenwende zu sehen: Im Schatten der weltweiten Finanzkrise, die bereits Investment- und Immobilienbanken und sogar Versicherungen hinweg gerafft hat, größte Bankhäuser in ihren Grundfesten erschütterte und Aktienkurse purzeln ließ wie noch nie. Bankvorstände, die sich ihre angebliche Könnerschaft und Seriosität mit Millionen-Gehältern vergolden lassen, stoßen die Gesamtheit der Steuerzahler mit brutaler Dreistigkeit vor den Kopf, indem sie ihren Hilfebedarf binnen weniger Tage um zweistellige Milliardenbeträge in die Höhe schrauben. Mir stößt in diesem Zusammenhang besonders übel auf, dass die selben überbezahlten Bankvorstände und Verbandsfunktionäre, die jetzt vor dem totalen Scherbenhaufen ihrer Deregulierungsparolen stehen, noch vor kurzem in Talkshows allwöchentlich verkünden ließen, der Staat dürfe nur den wirklich Bedürftigen helfen, deren persönliche Bedürftigkeit und Notlage strengstens zu prüfen sei. Während diese Appelle für die unteren Einkommensschichten tatsächlich Gesetzesform annahmen, kann man in unserer Gesellschaft

offensichtlich gleichzeitig Millionen behalten und Milliarden vom Steuerzahler fordern, damit die eigene Misswirtschaft sich nicht noch verheerender auswirkt.
Wie wird sich die Weltwirtschaftskrise auf München auswirken? Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht. Ich habe nur eine präzise Vorstellung davon, dass wir nicht ungeschoren davon kommen werden, weil die in den U.S.A. und andernorts losgetretenen Lawinen zumindest teilweise auch uns treffen werden, manchmal durchaus verschuldet, manchmal vollkommen unverschuldet. Wenn beispielsweise Landesbanken, die nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast verzweifelt nach neuen Geschäftsmodellen suchen mussten, auswärtige Finanzabenteuer eingegangen sind mit strukturierten Finanzprodukten, die sie offensichtlich selber nicht verstanden haben, ist eine Mitverantwortung für das Herüberschwappen der Krise nicht zu leugnen. Das Gleiche gilt in viel größerem Umfang für private Geschäftsbanken. Aber nicht nur Unternehmen des Finanzsektors werden betroffen sein, sondern auch investitionswillige Unternehmen, denen die Finanzierungsquellen versiegen, die Investitionsgüterindustrie, der die Aufträge ausgehen werden und exportorientierte Unternehmen, denen Teilmärkte wegbrechen. Und dann trifft es über Kürzungen der Gewerbesteuer natürlich auch die Landeshauptstadt, die es auf der anderen Seite aber wahrscheinlich mit steigenden Soziallasten zu tun bekommt.
Mein Thema ist der Münchner Haushalt, nicht die Bewältigung der internationalen Finanzkrise. Trotzdem kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Wer jetzt noch einmal den Versuch unternimmt, den Staat als Störfaktor des Wirtschaftslebens darzustellen, seine Verdrängung vom Markt zu fordern und der Entfesselung der Marktkräfte das Wort zu reden, Deregulierung als Allheilmittel zu preisen und die Börsengesetze als oberste Richtschnur der menschlichen Gesellschaft zu vergöttern, sollte einfach durch homerisches Gelächter weggefegt werden. Ich wünsche mir für alle geistigen Väter der weltweiten Krise, nicht nur für Bankenvorstände, sondern auch für andere marktradikale Wirtschaftskapitäne und ihre neoliberalen Hofsänger an Hochschulen und Gerichten sowie in Wirtschaftsredaktionen ein fernsehauftrittsfreies Jahr! Das ist doch das Mindeste, was ihnen ihr eigenes Schamgefühl abverlangen sollte.

Münchner Zahlen

Kann im Angesicht einer solchen Krise ein verlässliches Zahlenwerk für kommende Jahre vorgelegt werden? Meine Antwort: Es kann nicht, aber es muss vorgelegt werden. Niemand zweifelt mehr als der Stadtkämmerer selbst an der Verlässlichkeit der Prognosezahlen, aber wir sind nun einmal gesetzlich gehalten, Zahlenwerke für die Zukunft vorzulegen, obwohl

wir selber wissen, auf welch schwankendem Boden wir uns bewegen. Die große Koalition in Berlin und die kleine Koalition im Freistaat hat auch keine verlässlicheren Grundlagen, was die Zukunft betrifft. Unter diesem Vorbehalt, der größer nicht sein könnte, möchte ich einige Zahlen in den Blickpunkt rücken:

1. ***Schuldenabbau***

   Die Stadt München baut in diesem Jahr 305 Millionen Euro Schulden ab, sie hat sich fürs kommende Jahr eine Nettoentschuldung von einer Viertelmilliarde Euro vorgenommen und wird im Fünf-Jahreszeitraum bei stabiler Entwicklung auf gegenwärtigem Niveau 1,3 Milliarden Euro abbauen. Im August diesen Jahres, also erst vor wenigen Wochen, wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht: Die Pro-Kopf-Verschuldung ist unter 2.000 Euro gesunken. Auf diesem Weg müssen wir weiter voranschreiten. Dies gelingt uns nur, weil wir alle populistischen Begehren, die Gewerbesteuer oder neuerdings auch die Grundsteuer zu senken, konsequent zurückgewiesen haben. Wir tun nach der Wahl in der Finanzpolitik nichts anderes als wir vor der Wahl in Aussicht gestellt haben: Wir erhalten die Finanzkraft, bleiben Deutscher Meister bei Investitionen und bauen kraftvoll Schulden ab; von Steuergeschenken war nie die Rede. Besonders stolz können wir darauf sein, dass anders als anderswo, etwa in Dresden oder Düsseldorf, der Schuldenabbau nicht mit einer Veräußerung des Tafelsilbers finanziert wird, sondern aus aktueller Finanzkraft.

2. ***München bleibt bei Investitionen Spitze***

   Im laufenden Haushaltsjahr belaufen sich die städtischen Investitionen auf 562 Millionen Euro, fürs kommende Jahr sind 491 Millionen bereits fest geplant, über 100 Millionen werden noch hinzu kommen; diese zusätzliche Summe ist aber noch nicht veranschlagungsfähig. Für den Fünf-Jahreszeitraum bis 2012 sind 3,125 Milliarden vorgesehen. Damit stellt München seine Zukunftsfähigkeit unter Beweis. Außerdem kann sich die örtliche Wirtschaft auf öffentliche Aufträge verlassen.
   Ein Viertel davon, nämlich 800 Millionen Euro, sollen in die Kinderbetreuung und das Schulwesen fließen,
   657 Millionen Euro in den Straßen- und Brückenbau,
   463 Millionen Euro in den Wohnungsbau und
   198 Millionen in die Kultur; dabei schlägt allein das Lenbachhaus mit über 56 Millionen und das Deutsche Theater sogar mit 96 Millionen zu Buche.
   Für den U-Bahnbau sind über 120 Millionen Euro geplant, München bleibt auf U-Bahnkurs.

3. München bleibt stark

Wie bereits gesagt, kann München die Schulden abbauen und die größten kommunalen Investitionen Deutschlands tätigen, ohne sich von kommunalen Werken und Wohnungen zu trennen, wie es andere Städte getan haben. So sind wir unverändert 100-prozentiger Eigentümer der Stadtwerke, die von allen großstädtischen Grundversorgern in Deutschland die günstigsten Preise für Strom, Gas und Wasser eines Durchschnittshaushalts bieten, zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs beitragen, durch Konzessionszahlungen und Gewinnabführungen den städtischen Schuldenabbau ermöglichen und überdies in der Lage sind, eine Milliarde in erneuerbare Energien zu investieren und damit bedeutsame ökologische Zielsetzungen zu erreichen. Ohne jedes Bewertungsgutachten wage ich auch die Aussage, dass 50.000 Wohnungen in München mehr wert sind als in Dresden, wo ein solcher Wohnungsbestand für eine Milliarde versilbert wurde. Wir dürfen also getrost davon ausgehen, dass nicht nur die Stadtwerke, sondern auch der städtische Wohnungsbesitz einen Milliardenwert darstellt. Institute, die angeblich so viel von der Marktwirtschaft verstehen, dass sie dieses anspruchsvolle Wort sogar im Titel führen, mögen bei künftigen Städtevergleichen die Vermögenswerte bitte nicht unberücksichtigt lassen. Ein derartiger Anfängerfehler würde weniger dem Ansehen der Stadt München als vielmehr dem Ansehen der Professoren auf dem Stiftungsbriefkopf schaden.

Für unser Bekenntnis zu öffentlichen Unternehmen haben wir übrigens pünktlich zum 20. Todestag von Franz Josef Strauß ein Kompliment erhalten, das man erst einmal verkraften muss. Es stammt aus dem Buch ‚Mein Vater' von Franz Georg Strauß und lautet wörtlich:

‚Mein Vater war stolz darauf, dass er als bayerischer Ministerpräsident über die Staatsbeteiligung an Unternehmen Politik machen konnte. Ironie der Geschichte ist, dass die Industriepolitik des Münchner SPD-Oberbürgermeisters Christian Ude im Grunde eine Strauß-Industriepolitik ist. So hat Ude die Energie, die Stadtwerke und das Geld, die Stadtsparkasse, behalten. Im Gegensatz zu den Nachfolgern im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten liegt der rote Rathauschef klar auf der Linie Strauß. Nach 1988 verkaufte der Freistaat Bayern sein reich vergoldetes Tafelsilber ohne Not und aus heutiger Sicht weit unter Preis. So wurde die Beteiligung an der HypoVereinsbank fast schon verschenkt.'

Vielleicht gibt dieses Lob aus dem engsten Familienkreis doch auch der CSU im Hause zu denken. Ich habe manchmal den Eindruck, dass es nur ihr schlechtes Parteigewissen ist, das sie gelegentlich zu völlig

ungerechter und unangebrachter Kritik an den Münchner Stadtwerken verleitet – Sie wollen halt davon ablenken, dass Ihre Partei die Bayernwerke, einstmals eines der größten und stolzesten Energieunternehmen der Republik, verscherbelt hat, so dass alle Gewinne jetzt in private Taschen fließen und der Freistaat in der Energiewirtschaft nichts mehr zu sagen hat.

Dank an Kämmerei und Belegschaft, Bitte an den Stadtrat

Wie jedes Jahr schließe ich mit einem Dank an die Kämmerei, die in diesem Jahr freilich eine besondere und sogar mehrjährige Herkulesarbeit hinter sich hat, einem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die in den verschiedenen Referaten mit der Haushaltsaufstellung befasst waren und einer Bitte an den Stadtrat, die diesmal freilich besonders aktuell ist: Gerade wenn Sie die Hinweise auf die noch zu erwartenden Auswirkungen der Weltfinanzkrise auf München nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern als ernsthafte Bedrohung empfinden, sollten Sie bei allen haushaltsrelevanten Entscheidungen bedenken: Wahrscheinlich müssen Sie alle Wohltaten, die Sie gleichwohl austeilen, alsbald wieder einsammeln – und dies ist nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die politischen Entscheidungsträger allemal schmerzhafter als wenn man unter Hinweis auf eine allgegenwärtige Krise gar nicht erst in Spendierhosen auftritt.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Münchens Haushalt 2009

(8.10.2008) Die Haushaltsrede von Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz in der heutigen Vollversammlung des Stadtrates hat folgenden Wortlaut:
„Kurt Tucholsky schrieb einmal: ‚Der Mensch hat neben dem Trieb zur Fortpflanzung und dem zu Essen und zu Trinken zwei Eigenschaften: Krach zu machen und nicht zuzuhören.'
Da ich nach 23-jähriger Teilnahme an Stadtrats-Vollversammlungen weiß, dass dieses Zitat im zweiten Teil der Aussage für dieses Gremium nicht einschlägig ist, bin ich zuversichtlich, dass Sie meinen Ausführungen konzentriert zuhören werden.

Aus gegebenem Anlass:
Moloch Staat oder Der Staat, Retter in der Not?

Bis vor kurzem hätte der Satz: „Ein Gespenst geht um in Deutschland, der Staat' fast überall in den Eliten unseres Landes große Zustimmung gefunden.
Der Staat war in großen Kreisen dieser Meinungsführer, wie Meinungsumfragen zeigen allerdings nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung, zeitgeistmäßig einfach „out".

Jetzt, wenn er Folgen des Marktversagens und in diesem Fall auch des Staatsversagens (Deregulierung der Finanzmärkte) durch Rettung von Banken - im Eintreten des Risikofalls auf Kosten der Steuerzahler - lindern soll, wird der Staat ja dann etwas positiver bewertet. Er wird hier in der Sprache des Finanzmarktes als "Lender of last resort" tätig, das heißt übersetzt als "Kreditgeber bzw. Kreditbürge der letzten Zuflucht", oder zu gut deutsch: Finanzspekulanten können sich immer darauf verlassen, dass kein Staat der Welt um keinen Preis der Welt einen Zusammenbruch des nationalen Bank-Systems zulassen kann. Ob allerdings Nationalstaaten jeweils ihr nationales Bankensystem allein retten können, ist angesichts der internationalen Verflechtung der Finanzmärkte sehr zweifelhaft
Der damalige Bürgermeister von Hamburg Hans-Ulrich Klose hat 1978 heftige Kritik dafür geerntet, als er erklärte, der Staat wirke oft als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus". Ich halte dies nur für eine realistische Zustandsbeschreibung und für eine der Aufgaben unseres Staates. Der Staat ist immer dann gefordert, wenn Marktmechanismen, hinter denen ja keine anonymen Mächte stehen, sondern Interessen der Verwertung des Vermögens von Einzelpersonen, zu ökonomisch, ökologisch und sozial nicht wünschbaren Ergebnissen führen. Noch besser als kompensatorische Aktivitäten des Staates wären natürlich präventive, aber das ist in extenso ein zu weites Feld für einen kommunalen Wahlbeamten …
Daher hier nur drei Vorschläge dazu:

- Banken, die neue vom Staat vorher erst zuzulassende Finanzprodukte auf den Markt bringen, müssen davon 15% selbst behalten.
- Die Auslagerung von Risiken für Finanzprodukte aus dem Eigenkapital ist unzulässig
- Die EU bzw. wenigstens die Euro-Raum-Staaten gründen eine eigene Rating-Agentur, eine gemeinsame Bankaufsicht und ein zentrales Kredit-Register.

Was musste man bis vor kurzem vom bösen Staat nicht tagtäglich hören, sehen und lesen? Der Staat sei eine Krake, der die fleißigen Steuerzahler und Unternehmer bis aufs Blut aussauge.
Er sei ein ineffektives bürokratisches Monstrum, der jede Eigenaktivität der Bürger ersticke.
Er sei ein Moloch im Regulierungswahn, der sich immer mehr ausbreite und die segensreichen Wirkungen des freien Marktes behindere.
Doch wo Not ist, muss auch das Rettende sein.
Diesem als Gespenst dargestellten Staat wurde eine Lichtgestalt gegenüber gestellt: der freie Markt.

Gemäß dieser radikal-neoliberalen Heilslehre ist der Markt ein „deus ex machina".
Wie durch ein Wunder sorge er dafür, dass ohne staatliche Regulierung die Allokation der ökonomischen Güter optimal erfolgt und alle Markt-Teilnehmer früher oder später davon profitieren. Der Staat sei bei diesem Wirken der „unsichtbaren Hand" des Marktes eher ein Störfaktor.
Der extrem-neoliberale Flügel der Republikaner in den USA verwendete für seine Strategie offen und ehrlich die Formel „Starve the beast", also „Hungert die Bestie (Staat) aus".
Wie kann man den Staat aushungern? Nun ganz einfach, indem man ihm scheibchenweise seine ökonomische Basis, seine Einnahmen, seine Unternehmen und seine Gestaltungsmöglichkeiten entzieht.
Ein schönes Etikett für dieses Vorhaben war schnell gefunden: Man strebe den „schlanken Staat" an. Wer wagt schon, einen „dicken Staat" gut zu finden?
Der Forderungskatalog und die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern oft besonders konsequent eingeschlagene Praxis sind bekannt:

- Reduzierung der Staatsquote und der Abgabenquote
- Reduzierung der Steuerquote vor allem durch Unternehmenssteuerreformen
- Privatisierung der öffentlichen Unternehmen
- Forderung nach Verbot der Neuverschuldung des Staates
- Abbau von Regulierungen auf allen Ebenen, vor allem auch im Bereich der Finanzmärkte und des Arbeitsmarktes

In Deutschland war eine Gruppe - zumindest bis vor kurzem - besonders von dieser Heilslehre infiziert. Es handelt sich ausgerechnet um einen Berufsstand, der sich dadurch immer mehr die Basis für seine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten entzog, nämlich große Teile der politischen Klasse. Dies ist merkwürdig. Denn welcher Berufsstand sonst ist so selbstlos, im Interesse des so definierten Gemeinwohls sich selbst immer mehr seiner Macht und deren Ressourcenbasis zu begeben. Mir fällt auch nach intensivem Nachdenken kein weiterer Berufsstand ein.
Viele Politiker forderten zumindest bis vor kurzem permanent „Die zu hohe Staatsquote muss gesenkt werden" bzw. „Die zu hohe Staatsquote muss gesenkt werden".
Man stelle sich kurz einen BDI-Präsidenten vor, der fordert „Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am BIP ist zu hoch, er muss gesenkt werden" oder einen DGB-Vorsitzenden, der erklärt „Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am BIP, ist zu hoch , sie muss gesenkt werden". Bei beiden würde man am Geisteszustand zweifeln, bei

den Politikern sind - bis jetzt - die Fans des Abbaus der Staatsquote die große Mehrheit und damit also offensichtlich normal.
Für dieses wirklich erstaunliche Handeln gibt es folgende Erklärungsmöglichkeiten:

- Diese Politiker und Politikerinnen tun dies bewusst, weil sie subjektiv an diese Heilslehre glauben. Dann sind sie ehrenwerte Überzeugungstäter, wenn man die häufig negativen objektiven Folgen dieser Politik ausblendet.
- Sie tun dies bewusst, glauben daran und haben nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik -vorsichtig formuliert- zumindest keine materiellen Nachteile daraus. Viele Beispiele dafür finden sich auf der Internet-Homepage einer großen überregionalen Münchner Tageszeitung. Dann handelt es sich um Überzeugungstäter, die wenigstens selbst von den Folgen dieser Politik profitieren.
- Sie wissen nicht, was sie tun, weil sie in der Tagespolitik im herrschenden Zeitgeist mitschwimmen, ohne sich über makro-ökonomische Fragen lange den Kopf zu zerbrechen, verhalten sich also opportunistisch. Sie haben es bei Änderungen des Zeitgeistes dann wenigstens leichter schnell umzuschwenken.

Fakten, Fakten, Fakten

Es sei dahingestellt, welche Erklärungsmöglichkeit zutrifft, denn mich interessieren die empirisch feststellbaren Folgen dieser Politik.
In Deutschland wurde dieser eher angebotsorientierten Politik in den letzten zehn Jahren besonders intensiv gefolgt. Das empirisch zu ermittelnde Ergebnis dieser Politik ist im Vergleich zu fast allen anderen OECD-Staaten und den EU-Staaten ernüchternd.
Bei wichtigen Wirtschaftsindikatoren liegt Deutschland im Ländervergleich der 15 alten EU-Staaten (Mitgliederstand 2003) für den Zeitraum 2000 bis 2007 im unteren Drittel oder sogar am Ende.

- Wachstum des BIP (Platz 13)
- Entwicklung der Löhne und Gehälter (Platz 15)
- Entwicklung der Nachfrage der privaten Haushalte (Platz 15)
- Entwicklung der öffentlichen Investitionen (Platz 14)
- Einzelhandelsumsatz (Platz 15)
- Produktionsindex Baugewerbe (Platz 14)

Nur bei zwei Indikatoren ist Deutschland in der Spitzengruppe:

- Wachstum der Exporte (Platz 1)
- Wachstum der Gewinn- und Vermögenseinkommen (Platz 3)

Das für mich Erstaunliche an der ideologisch dominierten wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland ist - in der deutschen Management-

Sprache formuliert – „Facts don't matter". Die dargestellten negativen empirischen Ergebnisse im Ländervergleich spielen in der Politik keine Rolle. Nichtsdestotrotz einige Fakten, die belegen, dass der Staat in Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten keine „Krake" ist, sondern eher ein „Kraklein" und auch kein „Moloch", sondern ein „Molochlein":

- Der Anteil der Staatsquote am BIP liegt in Deutschland derzeit bei 43,9%. Zum Vergleich die Daten in anderen Ländern: Frankreich 52,6%, Italien 48,5%, Großbritannien 50,1%, EU-Durchschnitt 45,8%, USA 35,6%.
- Die Abgabenquote, also der Anteil der Staats- und Sozialversicherungsausgaben am BIP liegt in Deutschland bei 35,7% und damit weit unter dem OECD-Durchschnitt von 40% und dem EU 15-Durchschnitt von 37%.
- Die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am BIP, beträgt in Deutschland 2007 23,8%, ist seit 40 Jahren fast konstant und liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt)
- Der Anteil der Staatseinnahmen am BIP liegt in Deutschland 2007 trotz der Kosten der deutschen Einheit mit 43,9% nur unwesentlich höher als 1989 mit 43,2%.
- Der Anteil des Unternehmenssteueraufkommens am BIP liegt in Deutschland mit 10% weit unter dem EU-Durchschnitt von 14% und dem OECD-Durchschnitt von 13%. Der Anteil des besteuerten Vermögens am BIP liegt in Deutschland bei 0,9%, im OECD-Durchschnitt bei 1,9% und im EU 15-Durchschnitt bei 2,1%.

Bei den beiden Hauptindikatoren für die Zukunfts- und damit Konkurrenzfähigkeit steht Deutschland im internationalen Vergleich inzwischen auch als Folge dieser Politik des Staatsabbaus sehr schlecht da.

Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP, als Maßstab für die von der öffentlichen Hand vorgehaltene materielle Infrastruktur, liegt bei nur 1,5%. In der EU hat nur Österreich, in diesem Fall „Tu unfelix Austria", einen noch geringeren Anteil. Im Durchschnitt der EU liegt diese Quote bei 2,6%.

Inzwischen gibt es eine Reihe von sogenannten Entwicklungsländern, die Deutschland hierbei überbieten.

Der Anteil der Ausgaben für den wertvollsten Rohstoff, den „Rohstoff Geist" – sprich: Bildung, am BIP ist in Deutschland mit 5,1% trotz aller Sonntagsreden unterhalb des Durchschnitts der OECD-Staaten von 6,1% und ist in den letzten Jahren sogar gesunken.

Der Anteil der Bildungs- an den Gesamtausgaben des Staates liegt in Deutschland nur bei knapp 10%, im OECD-Durchschnitt beträgt er gut 13%.

Trotz alledem gibt es bei uns eine große Volkspartei, die bis jetzt programmatisch verankert hat, dass die Staatsquote am BIP von derzeit 43,9% (1997 waren es noch 48,4%) auf unter 40% gesenkt werden soll. Allerdings hat die Vorsitzende dieser Partei, die offenbar aufgrund ihrer naturwissenschaftlichen Ausbildung nicht ausreichend fakten-resistent ist, vor kurzem die Richtigkeit dieses Zieles selbst in Frage gestellt. Eine kleinere Partei hält – Unehre wem Unehre gebührt – unverdrossen am Ziel einer Staatsquote von unter 35% fest.
Vielleicht kehrt angesichts der aktuellen Situation nicht nur beim Thema Staatsquote sondern auch beim Thema Neuverschuldungsverbot bzw. Schuldenbremse für die öffentliche Hand mehr Realismus statt Ideologie ein.
Denn was in der Privatwirtschaft und im Privatleben Normalität ist, Schulden zu machen (hier heißt es nur vornehmer: „Fremdkapital aufzunehmen"), kann in der Politik keine Todsünde sein. Die Frage „Kann denn Fremdkapital Sünde sein?" ist leicht zu beantworten: nur dann, wenn es ohne Not auch in guten Zeiten aufgenommen und nicht in guten Zeiten weitestgehend getilgt wird.
Die normative Kraft des Faktischen, sprich die Folgen der aktuellen Konjunktur- und Finanzmarktkrise wird dazu führen, dass ideologische Blütenträume wie weitere Unternehmensteuerreformen und weitere Privatisierungen und Deregulierungen nicht in den Himmel wachsen bzw. aus meiner Sicht – von den verheerenden Folgen für die Lebensqualität der Masse der BürgerInnen und für die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik betrachtet – nicht in die Hölle führen, um in diesem Bild zu bleiben.

Münchner Politik gegen den Zeitgeist – und deswegen erfolgreich

Die Politik in München der letzten 18 Jahre war nicht im Trend des Zeitgeistes. Es ist daher eine mutige Politik. Der Erfolg gibt ihr Recht, nicht nur bei Wahlen, denn die WählerInnen irren bekanntlich nie, sondern auch bei Städtevergleichen.
Zu den Ergebnissen dieser Politik ist in der aktuellen Information der Münchner IHK zu lesen: „Unternehmer wählen München zur beliebtesten Stadt Deutschlands". Bei einer Umfrage unter 2.000 deutschen Unternehmen zeigte sich, „wie klar die Vorzüge Münchens auch bundesweit erkannt werden: wirtschaftsfreundliche Politik, Elite-Unis, hochqualifizierte Arbeitnehmer und gutes Sozialklima".
Im Gegensatz zu anderen Kommunen hat München seine kommunalen Unternehmen nicht verscherbelt und hat dies auch nicht vor. Wir besitzen u.a. erfolgreiche Stadtwerke, Wohnungsunternehmen und Eigenbetriebe. Über wesentliche Grundlagen der Infrastruktur unserer Stadt wird nicht in fernen Konzern-Zentralen entschieden, sondern vom Eigentümer Stadt.

Im Gegensatz zu fast allen anderen Kommunen, zum Land und zum Bund treiben wir keine pro-zyklische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wir verschärfen nicht den Konjunkturabschwung durch Investitionsabbau der Stadt. Wir nehmen dann auch Schulden auf, wohl wissend, dass der Zeitgeist tobt. In guten konjunkturellen Zeiten fahren wir die Schulden durch Tilgung so weit es nur geht zurück.
In München kombinieren wir angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.
Wir sorgen für eine hohe Qualität des Angebots an öffentlich vorgehaltener Infrastruktur und reduzieren die städtische Nachfrage nach Bauleistungen auch in Krisenzeiten nicht.
Wir beteiligen uns nicht am Wettbewerb „Wer verspricht den höchsten Steuerabbau?"
Wir stehen auch bei Gegenwind dazu: Eine gute Infrastruktur, eine hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu erschwinglichen Gebühren und damit eine hohe Lebensqualität für die BürgerInnen und eine hohe Standortqualität für die Unternehmen hat ihren Preis. Zudem hätte München aufgrund seiner guten und daher teuren Infrastruktur niemals eine Chance in einem Steuersenkungswettlauf mit der Region München oder anderen Großstädten mithalten zu können. Für alle Teilnehmer dieses Wettlaufes wäre dies ohnehin ein Nullsummenspiel.
Wir haben daher 2004 beschlossen, den Grundsteuer-Hebesatz auf den Durchschnittswert der deutschen Großstädte zu erhöhen und lehnen eine Reduzierung des zugegebenermaßen sehr hohen Gewerbesteuersatzes ab. Wer die Senkung eines oder beider dieser Hebesätze fordert, was ja populär erscheint, muss klipp und klar sagen: Wo und wie sollen Mindereinnahmen durch Einsparungsmaßnahmen kompensiert werden?
Angesichts des konjunkturellen Abschwunges und der unvorhersehbaren Folgen der Finanzmarktkrise halte ich Hebesatzsenkungen bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer in München auf absehbare Zeit für fiskalisch unverantwortlich!

Düstere Aussichten durch konjunkturellen Abschwung und Finanzmarktkrise

Nun zur aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation urbi et orbi: Die Aussichten sind leider sehr düster. Hier ist meiner Ansicht nach Realismus angebracht und nicht Gesundbeterei.
Zwei Krisen kommen zusammen und summieren sich in ihrer Wirkung: Die konjunkturelle Abschwungphase und die Folgen der Finanzmarktkrise.
Der zyklische konjunkturelle Abschwung in Deutschland und vielen OECD-Ländern hat bereits begonnen.

In Deutschland ist das reale BIP im zweiten Quartal bereits gesunken und nach Ansicht vieler Experten wird es auch im dritten und vierten Quartal 2008 sinken.
2009 wird es konjunkturell kaum besser werden.
Der Exportweltmeister Deutschland kommt an seine Grenzen, wenn in den Importländern die Wirtschaft stagniert.
Von der Binnennachfrage, die 56% der Verwendung des BIP in Deutschland ausmacht, wird kein reales Wachstum erwartet, da das Realeinkommen großer Teile der Bevölkerung weiterhin nicht wächst. Das positive Handelsbilanz-Saldo trägt übrigens nur zu 7% zur Verwendung des BIP bei. Eine rein angebotsorientierte Wirtschaftspolitik kann daher schon aus strukturellen Gründen nicht erfolgreich sein.
Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind immer noch nicht in ihrem vollen Umfang absehbar, da viele Banken und Versicherungen mit der Wahrheit nur scheibchenweise und in letzter Minute herausrücken.
Ich will darüber hier nicht spekulieren, bin aber leider optimistisch, dass mich mein schon beruflich bedingter Pessimismus diesmal nicht täuschen wird.
Fatal ist, dass die Finanzmarktkrise die wichtigste Ressource zur Stabilität der Wirtschaft untergraben hat, das Vertrauen.
Der Staat kann aus dem oben genannten Grund den Banken und Versicherungen nicht trauen. Die Banken trauen sich untereinander nicht mehr, das führt zur sogenannten Liquiditätsklemme beim Inter-Banken-Handel. Die Banken haben weniger Vertrauen in die eigene Zukunft und die ihrer Kunden. Das führt zu vorsichtigeren und strengeren Kredit-Vergaben der Banken, zur sogenannten Kreditklemme. Dies führt zur Investitionsklemme und damit zu mehr Arbeitslosigkeit und zu geringeren Steuereinnahmen.
Aus diesen Gründen ist jetzt schon sicher, dass der Arbeitskreis Steuerschätzung bei seiner Sitzung Anfang November die Prognosen für 2008 und 2009 nach unten revidieren wird.

Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München

Wie sind die Auswirkungen für München?
2007 war ein Drittel der gesamten Haushaltsausgaben und fast genau die Hälfte unserer laufenden Ausgaben durch unser Gewerbesteueraufkommen gedeckt. Dabei decken 100 Unternehmen 2/3 unseres Gewerbesteuer-Aufkommens ab, 300 Unternehmen 90% unseres Gewerbesteuer-Aufkommens.
Ein Großteil dieser Unternehmen ist mehr oder weniger stark export-orientiert und damit export-abhängig. Jeder Exporteinbruch hätte fatale Folgen für sie und ihre Gewinnsituation und damit für die städtischen Einnahmen.

Am Gewerbesteuer-Gesamtaufkommen sind die Banken in München mit über 6% beteiligt, die Versicherungen mit über 19%. Es wäre ein Wunder, wenn die Folgen der Finanzmarktkrise bei Banken und Versicherungen nicht zu Gewinnreduzierungen führen würden.
Dies wird vermutlich zu Verringerung der Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer führen, aber auch zu Rückerstattungen zu viel gezahlter Gewerbesteuer-Vorauszahlungen. Diese Gelder, die die Stadt bereits vereinnahmt hat, müssen dann aufgrund der tatsächlich aufgetretenen schlechteren Gewinn-Situation dieser Unternehmen von der Stadt ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.
Es ist wegen der konjunkturellen und finanzmarkt-bedingten Probleme also damit zu rechnen, dass das Gewerbesteuer-Aufkommen 2009 im worst case drastisch zurückgehen kann. Dann geht es um einige hundert Millionen Euro weniger!
2007 hatten wir das Rekord-Aufkommen von 1,909 Mrd. Euro. Dieses Jahr werden es noch über 1,7 Mrd. Euro sein. Im Eckdaten-Beschluss für 2009 haben wir 1,77 Mrd. Euro eingeplant. Es kann gut sein, dass wir im Schlussabgleich darunter gehen müssen.
Bei unserem Einkommensteuer-Anteil gingen wir beim Eckdatenbeschluss 2009 von einem Rekord-Ergebnis von 805 Mio. Euro aus. Sollten von der Prognose für 2009 her Änderungen notwendig sein, was zu erwarten ist, müsste auch hier der Wert nach unten gesetzt werden.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Die Finanzmarktkrise hat Auswirkungen auf alle deutschen Kommunen, denn alle legen zeitweise überschüssige oder strukturell erforderliche Liquidität (bei Kommunen, die faktisch von Kassenkrediten leben müssen) und Rücklagen für bestimmte Zwecke in Finanzanlagen an.
Seit 1999 wurden in München durch sieben Stadtratsbeschlüsse, die im Regelfall einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst worden sind, die Spielregeln für diese Finanzanlagen durch den Stadtrat festgelegt. Grundziel ist dabei die Bestandserhaltung, die Verzinsung sollte also mindestens so hoch sein wie die Inflationsrate.
Zur aktuellen Lage und Einschätzung liegt Ihnen eine Bekanntgabe der Stadtkämmerei vor, die, um wirklich den neuesten Stand zu erfassen, Ihnen als Tischvorlage zu Beginn der heutigen Sitzung verteilt wurde.
In meiner Rede kann ich nur die Quintessenz gerafft darstellen:
Wäre unser Geldvermögen in einem „Juliusturm" in Form von Bargeld gelagert worden, wäre der Wert wegen der Inflationsrate seit 2000 um 13% oder rund 142 Mio. Euro gesunken. Hätten wir dieses Geldvermögen auf Giro-Konten geparkt, wäre die Inflationsrate weit höher als die Verzinsung,

der Bestand wäre um rund 90 Mio. Euro reduziert worden, Vermögen wäre also vernichtet worden.
Hätten wir dieses Geld auf Sparkonten mit dem Spareckzins der Bundesbank angelegt, hätten wir 163 Mio. Euro erwirtschaftet, inflationsbereinigt aber nur rund 21 Mio. Euro.
Durch die von der Stadtkämmerei vorgenommene Anlagepolitik wurden von 2000 bis 2007 aber insgesamt 296 Mio. Euro erwirtschaftet, inflationsbereinigt immer noch rund 153 Mio. Euro. Das städtische Finanzvermögen wurde dabei nicht nur in seinem Bestand gesichert (höhere Verzinsung als die Inflationsrate), sondern gesteigert. Dies ist im Interesse der Münchner Bürger.
In diesem besonders schwierigen Jahr 2008 gehen wir derzeit noch bei unseren Finanzanlagen von Erträgen in Höhe von hoffentlich 80 Mio. Euro aus.
In aller Kürze zur Risikosituation:
Unsere Finanzanlagen zur Liquiditätssicherung in Höhe von insgesamt derzeit rund 1 Mrd. Euro sind auf 33 Banken verteilt. Darunter waren auch bis vor kurzem 50 Mio. Euro Tagesgelder bei den Lehman Brothers Deutschland. Alle diese Anlagen sind zu 100% durch Zusagen der drei Bankgruppen (öffentliche, private, genossenschaftliche) gedeckt, dass bedeutet bei eventuellen Problemen einzelner Banken springt dieses Solidarsystem der drei Einlagensicherungssysteme der drei Bankgruppen ein.
Ob alle oder jedes dieser drei Einlagensicherungssysteme bei einem extremen Stress-Test tatsächlich ausreichen würde, bezweifle ich. Ich weiß nur, dass dann der Staat – vornehm formuliert – als „lender of last resort" einspringen müsste.
Unsere mittel- und langfristigen Finanzanlagen von derzeit insgesamt 1,4 Mrd. Euro sind zum Großteil in hoffentlich sicheren Staatsanleihen und dinglich gesicherten Pfandbriefen angelegt. Der Aktien-Anteil wurde bei unseren 11 Kommunalfonds auf maximal 15% festgelegt. In guten Zeiten sorgen diese Aktien für die positive „out-performance" bei der Verzinsung, in schlechten Zeiten sind sie ein Risikofaktor. Deshalb werden von uns derzeit keine Aktien erworben.
Bei dem Gesamtbestand von mittel- und langfristigen Anlagen von insgesamt 1,4 Mrd. Euro waren auch 0,004 Mrd. Euro, d.h. 4 Mio. Euro, Schuldscheindarlehen der Lehman Brothers USA, die bis zum Tag des Bekanntwerdens ihrer Illiquidität ein hervorragendes Rating hatten. Mit dem 0,3 Mrd.-Engagement der Bayerischen Landesbank bei den Lehman Brothers können wir nicht mithalten.
Im worst case müssen wir diese 4 Mio. Euro in der städtischen Bilanz 2009 oder 2010 ganz oder im normal case teilweise als Wertberichtigung,

d.h. uneinbringbare Gesamt- oder Teil-Forderung abschreiben, je nachdem was wir aus der Konkursmasse in den USA bekommen.
Dies ist sehr bedauerlich und wir entschuldigen uns als Kämmerei ausdrücklich dafür. Wir bitten aber um eine gerechte Beurteilung und keine voreilige Verurteilung.
Allein seit dem Jahr 2000 haben wir bei unseren Finanzanlagen ein Positivsaldo an Erträgen von 297 Mio. Euro. 2008 werden es hoffentlich 80 Mio. Euro sein. Selbst wenn man den worst case bei den Lehman Brothers USA in Höhe von 4 Mio. Euro bereits jetzt gegen rechnen würde, wären es noch 76 Mio. Euro.
Zu den Verrücktheiten des kameralen Haushaltes gehört es übrigens, dass der Verlust von Finanzvermögen im Haushaltes nicht erfasst wird. In der Doppik werden Sie jedes Jahr beim Jahresabschluss und bei der Bilanz feststellen können, ob das Finanzvermögen der Stadt wächst oder sinkt.
Die Kämmerei wird Ihnen im Finanzausschuss am 27. Oktober bzw. im Plenum am 28. Oktober in einer Beschlussvorlage Vorschläge unterbreiten, wie wir unter den jetzigen labilen Bedingungen mit unseren Finanzanlagen umgehen können. „Business as usual" ist sicherlich nicht angesagt. Teilweise müssen auch Änderungen, die wir im praktischen Vollzug bereits beachten, vom Stadtrat beschlossen werden (z.B. faktischer Fortfall des früher wichtigen Bewertungs-Kriteriums Rating).

Eine neue Ära: erster doppischer produktorientierter Stadthaushalt

Und nun zum aus Sicht eines Kämmerers schönsten Objektes der Begierde: unserem Haushaltsplan-Entwurf 2009. In der deutschen Management-Sprache müsste ich mit dem Ausruf beginnen: „We proudly present: Our draft of the first budget, based on commercial accounting and on products."
An diesem ersten Haushalts-Entwurf auf den Basis der kaufmännischen Buchführung und der Produktorientierung arbeiten wir von den ersten Blaupausen über konkretere Konzepte und die Implementierung der IT bis zum jetzigen Entwurf seit gut zehn Jahren. Gut Ding will offensichtlich Weile haben. Die Komplexität der kaufmännischen Buchführung im kommunalen Bereich und der Software ist weit höher als ursprünglich gedacht. Aber jetzt gilt hoffentlich bald: „Alles wird gut!"
Ich möchte mich bei allen bedanken, die trotz aller Probleme an diesem Projekt festgehalten und daran mitgewirkt haben: dem Stadtrat, der Stadtspitze und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Referaten und natürlich auch speziell aus der Stadtkämmerei.

Die Doppik hat gegenüber der Kameralistik, die nur Geldflüsse erfasst, aus meiner Sicht vier Vorteile:

- Sie stellt den vollständigen Ressourcenverbrauch dar, erfasst z.B. auch die Abschreibungen für Anlagegüter und die Zuführungen an Rückstellungen für Pensionen.
- Sie unterschlägt nicht bereits heute bekannte zukünftige Lasten für die Beamtenversorgung (durch die Bildung und jährliche Fortschreibung der Rückstellungen dafür in der Bilanz).
- Sie erfasst das komplette Vermögen der Kommune, aber auch die gesamten Passiva. Durch den Jahresabschluss und die fortgeschriebene Bilanz wird ermittelt, ob die Differenz von Aktiva und Passiva, das rechnerische Eigenkapital, wächst, gleich bleibt oder schmilzt. Im Gegensatz zur Kameralistik wird ein Zehren von der Vermögenssubstanz sofort sichtbar.
- Die Aufgaben der Stadt werden in 272 Produkten dargestellt. Zu jedem Produkt gibt es nicht nur Informationen über die finanziellen Daten, sondern auch Informationen über die Quantität, Qualität und Wirkungen dieser Produkte auf bestimmte Zielgruppen. In der Kameralistik kann der Stadtrat nur entscheiden, wie viel Geld wohin gesteckt werden soll. Was mit diesem Geldeinsatz für wen als Leistung herauskommen soll und ob dies im Vollzug dann tatsächlich erreicht wird, ist im kameralen Haushalt eine „black box".

Diese neue Logik wird nicht nur in der Planungsphase des Haushaltes relevant, sondern auch im Vollzug und im gesamten Controlling-Kreislauf und wird sich auch in jedem ressourcen-wirksamen Einzelbeschluss des Stadtrates widerspiegeln.

Das Hineinwachsen in diese neue Welt wird Zeit brauchen, sowohl im Stadtrat und den Bezirksausschüssen wie in der Verwaltung. Denn niemand schläft abends als kameraler Saulus ein und wacht als doppischer Paulus auf.

Es wird ein gemeinsamer Lernprozess, bei dem die politischen Steuerungsorgane evaluieren müssen, welche Steuerungsinformationen wann für sie relevant sind.

Ein Schritt dabei wird das von der Kämmerei angebotene Stadtratsseminar am 17./18. Oktober sein, zu dem ich Sie nochmals herzlich einladen darf.

Wir sind jetzt endlich in der praktischen Umsetzung von Konzepten, die notwendigerweise teilweise am grünen Tisch entwickelt worden sind. Sie müssen sich jetzt dem Praxistest stellen. Diese Konzepte sind nicht in Stein gemeißelt, Korrekturen sind sicherlich notwendig. Ein bekannter Hegel-Kritiker von der Mosel hat diesen dialektischen Prozess bereits 1844

gut beschrieben: „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen."
Nun zum Haushaltswerk selbst:
Bisher waren Sie gewohnt, einen Band eines Haushaltsplan-Entwurfes zu erhalten, bestehend aus dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt. Untergliedert war dieser Haushalt nach Einzelplänen, Unterabschnitten und Haushaltsstellen.
Jetzt liegen Ihnen zwei Bände vor:
Der Band 1 enthält den Gesamtfinanzhaushalt und die Teil-Finanzhaushalte der Referate (mit allen Investitionsmaßnahmen) sowie den Gesamtergebnishaushalt und die Teil-Ergebnishaushalte der Referate.
Der Band 2 enthält die Ziele für die Referate, Grundinformationen zu den Referaten und die Produktdatenblätter zu den 272 Produkten der Stadt mit einer Fülle von Finanz- und Leistungsinformationen.
Zunächst zum ***Gesamtergebnis-Plan:***
Er enthält den gesamten Ressourcenverbrauch, umfasst also auch Abschreibungen in Höhe von 290 Mio. Euro und Zuführungen an die Rückstellung für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 359 Mio. Euro. Diese Aufwendungen, existieren im kameralen Haushalt überhaupt nicht.
Um so erfreulicher ist, dass wir nach derzeitigen Planungsstand nicht nur den rechtlich vorgesehenen ausgeglichenen Erfolgsplan erreichen werden, sondern einen Überschuss von 317 Mio. Euro. Wäre dies der Jahresabschluss Ende 2009, würde sich in der Bilanz (Stand 1. Januar 2010) das rechnerische Eigenkapital der Stadt um eben diese Summe erhöhen.
Die wesentlichen Erträge sind die Steuereinnahmen.
Bei der Gewerbesteuer gehen wir derzeit von 1770 Mio. Euro im nächsten Jahr aus, nach 1909 Mio. Euro 2007 und hoffentlich ca. 1800 Mio. in diesem Jahr.
Unser Anteil an der Einkommenssteuer wird 2009 vermutlich bei 805 Mio. Euro liegen, nach 705 Mio. Euro im Jahr 2007 und ca. 760 bis 780 Mio. in diesem Jahr.
Die wesentlichen Aufwendungen sind die Referats-Budgets für Aufwendungen in Höhe von 4112 Mio. Euro und die zentralen Aufwendungen der Kämmerei in Höhe von 701 Mio. Euro.
Im Gegensatz zur Kameralistik gibt es nunmehr auch Teil-Haushalte für die Referate.
Bei den Aufwands-Budgets liegt das Schulreferat mit 1072 Mio. Euro vor dem Sozialreferat mit 1047 Mio. Euro, das im kameralen Haushalt noch uneinholbar vorne lag. Der Grund dafür ist, dass das Schulreferat wegen der hohen Anzahl an Gebäuden für Schulen, Sportanlagen und Kinderbe-

treuungs-Einrichtungen besonders hohe Aufwendungen für Abschreibungen hat.
Der ***Gesamt-Finanzplan*** ist mit dem kameralen Stadthaushalt durchaus vergleichbar, da hier nur die geplanten Geldflüsse erfasst sind.
Das Positiv-Saldo ist mit 576 Mio. Euro erfreulich hoch.
Nach jetzigem Stand ist 2009 keine Kreditaufnahme notwendig, sondern im Rahmen des Entschuldungskurses eine Tilgung von 250 Mio. Euro eingeplant.
Damit wären Ende 2009 innerhalb von vier Jahren 1065 Mio. Euro an Schulden getilgt.
Die Investitionen von derzeit eingestellten 491 Mio. Euro werden im Jahr 2009 tatsächlich weit höher sein. Dies gilt v.a. für Investitionen in Höhe von zusätzlich 105 Mio. Euro, für die die rechtlichen Veranschlagungsvoraussetzungen bald gegeben sein werden.
Bei den Budgets für die Auszahlungen steht - wie kameral gewohnt - das Sozialreferat mit 957 Mio. Euro unangefochten an der Spitze mit weitem Abstand vor dem Schulreferat mit 711 Mio. Euro.
Für die politische Feinsteuerung empfehle ich Ihnen besonders den Band 2, den Produkt-Band.
Hier lohnt eine besonders intensive Lektüre. Denn erstmals haben Sie hier die Gelegenheit, bei Ihrer Entscheidungsabwägung die Finanzdaten mit den Leistungsdaten bei den 272 Produkten zu verknüpfen.

Spannende weitere Haushaltsberatungen bis zum Plenum am 17.12.2008

Ich vermute, dass ich Ihnen beim Schlussabgleich bei den Einnahme-Prognosen für das Jahr 2009 pessimistischere Schätzungen vorlegen muss.
Die Stadtkämmerei geht davon aus, dass auch angesichts der trüben Konjunkturaussichten ein neues Haushaltskonsolidierungskonzept erforderlich sein wird. Wir werden Ihnen dazu auf Basis des Stadtratsantrages von SPD und Grünen ein Konzept vorlegen. Bisher nur soviel dazu: Im Zeitalter des produktorientierten Haushaltes werden Sparmaßnahmen bei jedem betroffenen Produkt nicht nur bei den Finanzdaten, sondern auch bei den Leistungsdaten transparent. Leichter wird es also daher weder für die Politik noch für die Verwaltung. Aber es wird dadurch für uns alle noch interessanter und spannender.
Ich möchte mich diesmal besonders herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung bedanken, die an diesem Haushaltswerk unter großen Mühen und leider noch bei unzureichender Software-Unterstützung mitgewirkt haben. Es kann im nächsten Jahr nur besser und leichter werden.

Uns steht auch noch ein schwieriger und arbeitsintensiver Schlussabgleich bevor. Für diesen schwierigen Gesamtprozess habe ich als unbeirrbarer Latein-Fan ein Horaz-Zitat parat. Zunächst das martialische Original-Zitat : „Dulce et decorum est pro patria mori." Übersetzt: „Süß und ruhmvoll ist es für das Vaterland zu sterben."
Aufgrund meiner Fürsorgepflicht habe ich dieses Zitat nicht nur durch die Ersetzung des Wortes Vaterland durch das Wort Stadt grundlegend variiert: „Dulce et decorum est pro urbe calculare." Übersetzt: „Süß und ruhmvoll ist es, für die Stadt zu rechnen." Ich gebe gerne zu: Süß ist es noch nicht, aber hoffentlich ruhmvoll.
Es ist gute Tradition, dass ich den Damen und Herren des Stadtrates ein Zitat für die bevorstehenden Haushaltsberatungen mit gebe. Es stammt aus dem Tagebuch eines nicht-bayerischen Ministerpräsidenten, der im Nebenberuf auch Reichskanzler war.
Er lässt hier die Budgetberatungen im Parlament Revue passieren. „Die Kammer wird täglich langweiliger; gestern dauerte die Sitzung bis halb 6, bei kärglichem Lampenschein, und der unglückliche Wentzel schwatzte stundenlang ohne Unterbrechung. … Ich begreife nicht, dass sich immer noch Leute finden, die ganz artig, von Anfang bis zum Ende auf den Tribünen sitzen und zuhören, wie erwachsene Menschen sich kindlich über Lappalien streiten, die im nächsten Sommer schon vergessen sein werden."
Ich bin sicher, dass unser Oberbürgermeister in seinem Tagebuch derartige Anmerkungen zu unseren Haushaltsberatungen nicht machen müsste, denn

- die Stadtratssitzungen werden nicht täglich langweiliger
- die Lichtverhältnisse sind gut
- bei uns gibt es keinen, der stundenlang ohne Unterbrechung schwätzt
- und gestritten wird selbstverständlich nur über grundsätzliche strategische Fragen, nicht über Lappalien.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die erwartungsgemäße Widerlegung des anfänglichen Tucholsky-Zitates."

Münchens Personalhaushalt beträgt 2009 rund 1.465,5 Millionen Euro
(8.10.2008) In der heutigen Vollversammlung stellte der ***Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle*** dem Stadtrat den Personalhaushalt für das nächste Jahr vor:
„Die Einbringung des Personalhaushaltes ist traditionell zugleich Anlass zur Betrachtung und Würdigung wichtiger Ereignisse und Entwicklungen im noch laufenden Haushaltsjahr und für einen Ausblick.

1. Tarifrunde 2008

Besonderer medialer Aufmerksamkeit erfreute sich der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Das wäre an sich nicht ungewöhnlich gewesen, hätten sich nicht allerlei prominente Ratgeber aus Bund und Ländern in die Kommentatorenriege eingereiht, allesamt getragen von aufrichtiger Sympathie für die gewerkschaftlichen Forderungen (acht Prozent Entgeltsteigerung und 200 Euro Mindestbetrag bei einer Laufzeit von zwölf Monaten). Das machte der Arbeitgeberseite das Geschäft nicht unbedingt leichter, zumal auch Meinungsumfragen zufällig ein ähnliches Bild ergaben. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelang es am 31. März 2008 sich auf einen Tarifabschluss zu verständigen – nach fünf Verhandlungsrunden, einer zweiwöchigen Schlichtung und abschließenden dreitägigen harten und intensiven Verhandlungen.

Die Tabellenentgelte wurden rückwirkend ab dem 1. Januar 2008 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro sowie linear um 3,1 Prozent erhöht. Ab dem 1. Januar 2009 erfolgt eine weitere Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,8 Prozent. Der Festbetrag bedeutet im Durchschnitt aller Beschäftigten zwei Prozent Kostenbelastung. Zusammen mit der linearen Erhöhung des Tabellenentgelts beträgt das Volumen für das Jahr 2008 damit insgesamt 5,1 Prozent. Für das Jahr 2009 kommen weitere 2,8 Prozent hinzu, so dass die tabellenwirksame Erhöhung sich über die Laufzeit von 24 Monaten auf insgesamt 7,9 Prozent addiert. Zusätzlich wird im Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro fällig. Insgesamt addieren sich die aus dem Tarifabschluss ergebenden Entgelterhöhungen bei einer 24-monatigen Laufzeit auf ein Volumen von 8,65 Prozent. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Tarifgebiet West seit dem 1. Juli 2008 einheitlich 39 Stunden.

Es fiel den Verhandlungsführern auf beiden Seiten nicht leicht, diesen Kompromiss in den jeweiligen Gremien mehrheitsfähig zu machen. Gerade der Arbeitgeberseite hat dieses Ergebnis einiges abverlangt. Die Gewerkschaften waren getragen von den damals noch guten Wirtschaftsdaten und der positiven Entwicklungen der Steuereinnahmen. Richtig war und ist aber auch, dass die Beschäftigten der Kommunen und kommunalen Unternehmen in den letzten Jahren keine linearen Steigerungen erfahren hatten und durch die Einmalzahlungen der letzten drei Jahre im Vergleich zur Privatwirtschaft ins Hintertreffen geraten waren.

Was wäre die Alternative zur Zustimmung zu dem Tarifabschluss gewesen? Die Zeichen standen eindeutig und unzweifelhaft auf Streik. Damit galt es letztlich abzuwägen zwischen einem Tarifabschluss, der allerdings manche Arbeitgeber in ernsthafte Schwierigkeiten bringt und

einem flächendeckenden Arbeitskampf mit allen seinen negativen Auswirkungen.
Für den Gemeindehaushalt führt der Tarifabschluss zu einer Mehrbelastung von insgesamt 52,837 Millionen (verteilt auf 27,903 Millionen Euro im Jahr 2008 und 24,934 Millionen Euro in 2009). Dem steht eine theoretische Einsparung von 7,8 Millionen Euro durch die Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 39 Stunden entgegen.

2. Personalstand Gemeindehaushalt 2008

Der Personalstand im Gemeindehaushalt lag im Juli 2008 bei 27.354 Beschäftigten (2007: 26.697) und übersprang damit die 27.000-Grenze. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Ausbildungsplätzen (76), zusätzlichen Dienstkräften bei der Kinderbetreuung (175), bei den Schulen (198), bei der ARGE (40), den zentralen Ansätzen (47), im Bereich der öffentlichen Ordnung (60) und der Verkehrsüberwachung (54). Fallzahlensteigerungen und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben in hier nicht einzeln genannten Bereichen führten 2008 zu weiteren Personalmehrungen (zirka 300). Gleichzeitig konnte auch 2008 der nach dem 4. Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Konsolidierungsbeitrag von diesmal rund eine Million Euro erbracht werden.In der Summe bedeutet das, dass der Weg der Haushaltskonsolidierung im Personalbereich auch 2008 erfolgreich fortgesetzt werden konnte.

3. Personalgewinnung

Die Stadt hat in den aller meisten Fachrichtungen derzeit keine ernsthaften Personalgewinnungsprobleme. Die Zahl der Bewerbungen übersteigt die besetzbaren Stellen regelmäßig um ein Vielfaches (6,2 Bewerbungen pro ausgeschriebener Stelle). Anders verhält sich dies aktuell im IT-Bereich und im Erziehungsdienst. Dort sind bereits jetzt Engpässe bei der Personalgewinnung festzustellen. Zwar liegen auch hier die Bewerberzahlen noch über den Zahlen der zu besetzenden Stellen, eine Stellenbesetzung scheitert jedoch häufig an mangelnder Qualität der Bewerberinnen und Bewerber.
Im IT-Bereich gestaltet sich die Personalgewinnung auch deswegen schwierig (aktuell sechs erfolglose externe Ausschreibungen), weil das geltende Tarifrecht oft keine marktgerechten Gehälter zulässt. Andererseits hat die Landeshauptstadt auch hier Einiges zu bieten, so insbesondere spezielle fachliche Herausforderungen wie die Implementierung von LiMux, Standortsicherheit, geregelte Arbeitszeiten und mit der Privatwirtschaft in aller Regel nicht vergleichbare Möglichkeiten der Vereinbarung von Beruf und Familie.
Die Engpässe bei der Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern (absehbare Deckungslücke in den kommenden Jahren jeweils zwi-

schen 100 und 150) resultieren im Wesentlichen aus dem inzwischen bundesweiten Ausbau der Kinderbetreuung und der Unterschreitung des staatlich empfohlenen Betreuungsschlüssels, die einen wesentlichen Beitrag zur hohen Betreuungsqualität in den städtischen Einrichtungen leisten. Die Aktivitäten der Stadt als Arbeitgeberin, dem Erzieherinnen-/Erziehermangel entgegen zu wirken, waren Gegenstand des Beschlusses der Vollversammlung vom 23. Januar 2008. Die dort angesprochene Werbekampagne zur Personalgewinnung ist unterdessen konzipiert und wird voraussichtlich noch im Oktober anlaufen. Absehbar, aber noch nicht akut sind Personalgewinnungsprobleme bei Bau- und Sicherheitsingenieuren. Auch hier ist die Bewerberlage schwierig, offene Stellen konnten aber bisher noch stets besetzt werden.

4. Die Stadt als sichere und soziale Arbeitgeberin

Verantwortliche Personalpolitik muss sicherstellen, dass die Stadt weiterhin über eine moderne, leistungsfähige Verwaltung verfügt, als sichere, soziale Arbeitgeberin am Markt präsent ist und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

Bei allen Konsolidierungszwängen wird es auch im Jahr 2009 keine betriebsbedingten Kündigungen geben; unsere Beschäftigten können sich auf einen sicheren Arbeitsplatz bei der Münchner Stadtverwaltung verlassen. Wir halten an unserer hohen Ausbildungsquote auch zum Anstellungstermin 2008 fest und haben zugleich in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding einen neuen dualen Studiengang ‚Public-Management' eingerichtet. 1.600 Seminare mit rund 18.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigen das anhaltend hohe Engagement im Bereich der Fortbildung und Qualifizierung. Wir fördern verstärkt die Integration leistungsgeminderter Dienstkräfte (Aufstockung des Sozialfonds von zwei Millionen Euro auf drei Millionen Euro, in 2009 um eine weitere Million auf vier Millionen.) und schwerbehinderter Menschen. Für die städtischen Aktivitäten in der Gleichstellungspolitik erhielten wir im Mai 2008 zum vierten Mal in Folge den ‚total e-quality award' verliehen. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung gab es neben Gesundheitszirkeln in verschiedenen Referaten und Dienststellen groß angelegte stadtweite Präventionsmaßnahmen gegen Diabetes, Hautkrebs und Darmkrebs (letztere wurde im April 2008 von der Felix-Burda-Stiftung ausgezeichnet).

5. Dienstliche Beurteilung

Auch wenn die Auswertung noch nicht komplett abgeschlossen ist, lässt sich bereits jetzt sagen, dass es uns bei den Dienstlichen Beurteilungen gelungen ist, den Anteil der Spitzenbeurteilungen (Beurteilungs-

stufen 1 und 2 bei fünfstufiger Beurteilungsskala) von 70 Prozent auf knapp über 50 Prozent zu senken. Sie können sich vorstellen, dass dies in vielen Fällen mit erheblichen Konflikten verbunden war. Gleichwohl war die Änderung dringend notwendig, um eine aussagekräftigere Beurteilungspraxis herbeizuführen, zu der wir im Übrigen auch rechtlich verpflichtet sind. Positiv zu vermelden ist auch, dass die Zahl der Rechtsstreitigkeiten weit hinter manchen Befürchtungen zurück blieb (bisher 58 Widersprüche stadtweit).

6. Leistungsorientierte Bezahlung

Die Leistungsorientierte Bezahlung soll dazu beitragen, die Effizienz und Effektivität zu steigern, die Dienstleistung zu verbessern und die Motivation und Eigenverantwortung der Beschäftigten zu stärken.
Eine vom POR durchgeführte Mitarbeiterbefragung hat erhebliche Vorbehalte bei den Beschäftigten zu Tage gefördert. Es wird nun Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein, diese Kritik aufzugreifen und dort, wo dies notwendig und sinnvoll ist, Veränderungen vorzunehmen.
Auch wenn es in der Tarifrunde 2008 nicht gelungen ist, das Volumen für die leistungsorientierte Bezahlung zu erhöhen, haben sich die Tarifvertragsparteien doch darauf verständigt, die leistungsorientierte Bezahlung an sich fortzuentwickeln.

7. Personalausgaben 2009

Was den Personalhaushalt 2009 betrifft, werden die Referate und Dienststellen wie in den Vorjahren die Vorgaben des nunmehr 4. Haushaltssicherungskonzeptes einhalten. Die Summe der Personalausgaben 2009, einschließlich Beihilfe und Versorgung, beträgt rund 1.465,5 Millionen Euro. Gegenüber dem Stand 2008 entspricht dies einer Erhöhung um 5,72 Prozent. Darin enthalten sind plus 18,285 Millionen Euro für personelle Veränderungen namentlich in den Bereichen Schul- und Kinderbetreuung, bei den Sozialbürgerhäusern und der ARGE, bei Parkraummanagement sowie wegen der Erhöhung der Ausbildungszahlen. Hinzu kommt die Sonderfinanzierung der Tariferhöhung 2008/2009 in Höhe von 44,193 Millionen Euro. Die Beihilfelasten steigen um 3,541 Millionen Euro, die Versorgungslasten um 14,383 Millionen Euro. In die Kalkulation nicht eingeflossen sind etwaige Besoldungserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten. Näheren Aufschluss werden hier die Tarifverhandlungen im Länderbereich zu Beginn des Jahres 2009 bringen, denen sich üblicherweise die Anpassung der Besoldung anschließt.
Risiken für den Personalhaushalt können sich aus den anstehenden Verhandlungen im Rahmen der neuen Entgeltordnung für den Erziehungs- und Sozialdienst ergeben. Die Tarifvertragsparteien haben sich

in der Tarifrunde 2008 darauf verständigt, entsprechende Regelungen noch vor der nächsten Tarifrunde im Jahr 2010 zu treffen. Betrachtet man die aktuellen gewerkschaftliche Positionierung (Eingangsbewertung in der Entgeltgruppe E 9 gegenüber E 6 beziehungsweise E 10 statt bisher E 9) würde dies zu Mehrkosten von rund 9,7 Millionen Euro jährlich führen. Dies entspräche einem Mehraufwand bei den Erzieherinnen/Erziehern von 9,68 Prozent und bei den Sozialpädagoginnen/ Sozialpädagogen von 3,11 Prozent.

Zu guter Letzt möchte ich mich wie immer bei den Mitgliedern des ehrenamtlichen Stadtrates, den berufsmäßigen Stadträtinnen und Stadträten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Referates, den Geschäfts- und Personalstellen der Referate, der Stadtkämmerei, der Personalvertretung und der Gleichstellungsstelle für die gute Zusammenarbeit bedanken."

Detaillierte Informationen zu Münchens Personalhaushalt 2009 unter *www.muenchen.de/cms/prod1/mde/_de/rubriken/Rathaus/60_por/10_presse/haushalt_2009/Rede2009.pdf*

Glückwünsche für Gloria Coates zum 70. Geburtstag

(8.10.2008) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Gloria Coates zum bevorstehenden 70. Geburtstag. „Zahlreiche Aufführungen Ihrer Werke im Rahmen von renommierten Festivals wie dem Warschauer Herbst, dem Festival für Neue Musik in Moskau, den Dresdener Musikfestspielen und den Internationalen Ferienkursen für Neue Musik in Darmstadt dokumentieren die internationale Anerkennung, die Ihnen als zeitgenössischer Komponistin seit vielen Jahren zuteil wird. Die New York Times schrieb vor einigen Jahren, dass Ihre Symphonien es wert sind, in ihrer musikgeschichtlichen Bedeutung zusammen mit denen von Schostakowitsch, Sibelius und anderen in einem Atemzug genannt zu werden.

Ich freue mich, dass Ihre Werke auch in Ihrer Wahlheimat München durch so namhafte Interpreten und Interpretinnen wie beispielsweise das Münchner Kammerorchester aufgeführt werden.

Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen vor allem Gesundheit und Wohlergehen und unverminderte Schaffenskraft für zahlreiche weitere Kompositionen."

Neues Angebot für Perlacher Seniorinnen und Senioren

(8.10.2008) Gestern wurde das neue Alten- und Service-Zentrum Perlach (ASZ Perlach) eröffnet.Damit ist das Netz der Stützpfeiler der offenen Altenhilfe in München auf 31 Standorte ausgebaut.

Der Stadt München ist es schon sehr lange ein mit Nachdruck verfolgtes Anliegen, ältere Menschen beim Verbleib in ihrer eigenen Wohnung zu unterstützen und ihnen die besten Voraussetzungen für ein größtmögliches Maß an Lebensqualität und Selbstständigkeit zu schaffen. Die erste Konzeption der ASZ aus dem Jahre 1979 wurde laufend fortgeschrieben und an die aktuellen Herausforderungen in der Altenarbeit angepasst.

Insgesamt stellt der Stadtrat der Stadt München jährlich zirka 6,4 Millionen Euro zum Betrieb der ASZ zur Verfügung und trägt so der wirksamen Daseinsvorsorge für die stetig wachsende Zahl älterer Menschen Rechnung.

Für Investitionen gibt die Stadt zirka1,5 Millionen Euro je neues ASZ, zuzüglich rund 150.000 Euro Einrichtungskosten aus.

Die ersten Anträge für ein ASZ Perlach am Hanns-Seidel-Platz reichen zurück bis ins Jahr 1979. In Neuperlach selbst war zwar zu diesem Zeitpunkt der Bedarf an einer Senioren-Einrichtung noch nicht sehr hoch, da das Neubaugebiet in erster Linie von jungen Familien auf Grund der guten Verkehrsanbindung und Infrastruktur besiedelt wurde. In den vergangenen 30 bis 40 Jahren sind viele Neuperlacher Einwohnerinnen und Einwohner jedoch ins Rentenalter gekommen und haben nun gemeinsam mit den Wald- und Altperlacher Seniorinnen und Senioren dringenden Bedarf an offenen Altenhilfeangeboten. Insgesamt leben in Perlach heute über 13.000 Bürgerinnen und Bürger, die 65 Jahre und älter sind, darunter 1.640 (12,5 Prozent) Menschen mit Migrationshintergrund aus mehr als 60 Herkunftsländern. Besonders hoch ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die aus der Türkei und den ehemaligen GUS-Staaten zugewandert sind.

Der Bedarf an Beratung und Unterstützung beim Verbleib zu Hause auch bei Hilfebedarf, Krankheit und Gebrechlichkeit sowie der Bedarf an Möglichkeiten zur aktiven Lebensgestaltung, zu Kontaktpflege und gesellschaftlicher Teilhabe und Mitwirkung ist folglich sehr hoch.

Ursprünglich war beabsichtigt, in das geplante Bürgerhaus am Hanns-Seidl-Platz auch ein ASZ zu integrieren. Im September 2006 wurde erneut der Neubau eines kulturellen Zentrums mit ASZ am Hanns-Seidel-Platz vorangetrieben und vom Kulturausschuss beschlossen. Da allerdings vor dem Bebauungsplanvoraben noch ein städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt werden muss, beschloss der Stadtrat der Landeshauptstadt München am 20. September 2007 dem immer dringlicher werdenden Bedarf an offenen Altenhilfeangeboten in Perlach Rechnung zu tragen und dem An-

trag des Sozialreferates auf rasche Realisierung eines ASZ in Perlach in den Räumen der evangelischen Lätare-Kirchengemeinde im Stephanszentrum zuzustimmen. Angesichts stark sinkender Gemeindemitgliederzahlen und damit verbundener personeller Veränderungen konnten die Räume nicht mehr als evangelische Kirchen- und Gemeinderäume genutzt werden und standen zur Vermietung an. So konnten die Räume der Lätarekirche als Interimslösung, bis die neuen Räume am Hanns-Seidel-Platz zur Verfügung stehen, für vorerst fünf Jahre angemietet werden. Die jährlichen Mietkosten betragen rund 62.000 Euro. Die Betriebskosten für das ASZ belaufen sich auf etwa 185.000 Euro im Jahr.
Die rasche Realisierung des ASZ wurde zusätzlich erleichtert, da der Abteilung Stiftungsverwaltung im Sozialreferat aus dem Nachlass von Frau Theresia Götz Stiftungsmittel zur Verfügung standen, welche die Stiftungsverwaltung für diesen Zweck freigab.
Frau Götz war eine sehr engagierte Neuperlacher Bürgerin und kümmerte sich als Delegierte des Seniorenbeirates stets mit Vehemenz und Nachdruck um die Anliegen der Perlacher Seniorinnen und Senioren. Bereits 2000 hat die Stifterin ihren Nachlass der Landeshauptstadt München mit der Auflage vermacht, diesen für ein Alten- und Service-Zentrum in Neuperlach zu verwenden.
Obgleich in den letzten Monaten noch einige Umbau- und Nachrüstmaßnahmen auf Grund der Nutzungsänderung und der Brandschutzsicherheit vorgenommen werden mussten, ist in den letzten Monaten bereits ein ASZ gewachsen, das die volle Bandbreite der ASZ-Leistungsbereiche in Hinblick auf Beratung, Unterstützung, Begegnung und bürgerschaftliches Engagement vorhält. Noch in diesem Jahr wird auch eine Tagesbetreuung für Demenzerkrankte in Betrieb gehen. Da der Caritas-Verband seit zirka 20 Jahren ein Vorlaufprogramm mit ASZ-ähnlichen Angeboten in der Quiddestraße betrieb, welches zu Gunsten des ASZ aufgegeben wurde, war es wichtig, die bewährten Angebote ins ASZ Perlach zu überführen und entsprechend der ASZ-Konzeption zu erweitern. Dies ist bestens gelungen. Die direkte Nachbarschaft im ökumenischen Sozialzentrum von Hospizverein, Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung sowie dem evangelischen Jugendzentrum gewährleisten darüber hinaus ein breites Spektrum an zusätzlichen vernetzbaren Hilfen sowie eine generations- und kulturübergreifende Vielfalt.
Ziel der ASZ ist es, neben der Unterstützung beim Verbleib in der eigenen Wohnung, ältere Menschen miteinander in Kontakt zu bringen und über die Grenzen der Generationen und Kulturen hinweg Brücken zu bauen. Ältere Menschen werden hier im ASZ mit ihren Ressourcen wahrgenommen und gestärkt und nicht an Defiziten gemessen. Besondere Aufmerksamkeit

wird daher auch der Aktivierung von Personen zukommen, die sich sozial engagieren wollen, sei es im ASZ, durch einen Besuchsdienst oder als lebenserfahrene Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für jüngere Menschen. Frauen und Männer werden hier eine sinnvolle Betätigungsmöglichkeit finden, einige haben diese bereits für sich entdeckt.
Auch für die Mobilität der nicht mehr ganz so mobilen Seniorinnen und Senioren wurde bereits gesorgt. Über die Stiftungsverwaltung des Sozialreferates wurde aus dem Fonds der "Münchner Sozialstiftung" eine Rikscha finanziert, die auch schlecht gehfähigen Menschen einen Besuch im ASZ ermöglicht.
Die Betriebsführung des ASZ Perlach hat der Caritas-Verband übernommen, der damit nun bereits zwölf ASZ in München betreibt und der Stadt München ein höchst verlässlicher und stets auf Weiterentwicklung ausgerichteter Partner ist.
Bürgermeisterin Christine Strobl: „München ist stolz auf dieses bundesweit einmalige, wirkungsvoll auf die verschiedenen Bedarfslagen älterer Menschen in unterschiedlichen Lebensabschnitten und Lebenssituationen zugeschnittene Angebot, das es jetzt auch für die ältere Bevölkerung in Perlach gibt."

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 13

(8.10.2008) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 13 (Bogenhausen) lädt Bürgermeister Hep Monatzeder am Mittwoch, 22. Oktober, 19 Uhr, in die Turnhalle der Helen-Keller-Realschule, Fürkhofstraße 28, 81927 München, zu einer Bürgerversammlung des 13. Stadtbezirkes ein.
Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeisterin Christine Strobl und Angelika Pilz-Strasser, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Tram St. Emmeram
2. ÖPNV allgemein, Busverbindungen
3. Flughafenanbindung
4. Tieferlegung der S-Bahn
5. Obi Baumarkt
6. Trabrennbahn
7. Lebensmittelmarkt
8. Ziegelei Deck
9. Pionierkaserne
10. Bürgerhaus
11. Vogelweideplatz

12. Mittlerer Ring/Mae West
13. Effnerheim/Neubau
14. Kinderkrippenplätze/neues Gymnasium
15. Brückenfest/Brückenlauf
16. Gedenkveranstaltung zum 9. November, Einladung
17. Erhaltung des Reit- und Voltegiervereins
18. Zunehmender Parkdruck durch Mietwägen
19. Schwerlastverkehr, Firma Dachser
20. Erhalt der Dorfensembles (Denkmalliste)

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 13, 14, 15, 16, 17 und 18 Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Angelika Pilz-Strasser.

StartUp München 2008 – Die Trainingsplattform für Existenzgründer

(8.10.2008) Wer mit dem Gedanken spielt, sich selbständig zu machen und sich gründlich auf diesen bedeutenden Schritt vorbereiten will, ist bei der Trainingsplattform StartUp München genau richtig. Hier erhalten Gründerinnen und Gründer einen Überblick über alle wichtigen Aspekte der Selbständigkeit und werden gezielt auf die Erstellung eines fundierten Geschäftskonzeptes vorbereitet.

Die Kooperationspartner Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, IHK für München und Oberbayern, GründerRegio M e.V., Kreissparkasse München Starnberg, Stadtsparkasse München und Wirtschaftsjunioren München bieten fünf abendliche Fachveranstaltungen an. Der Auftakt für StartUp München findet am 9. Oktober statt. In den

folgenden Wochen werden im Rahmen von Themenabenden Fachinformationen zu „Produkt-Kunde-Markt", „Marketing-Vertrieb" und „Finanzen", sowie jeweils die Möglichkeit zum Networking angeboten. Den Abschluss der Veranstaltungsreihe bildet der Gründerabend am 13. November, bei dem die Gründungswilligen individuelle Fragen zu ihrem Geschäftskonzept mit Experten diskutieren können und wertvolle Tipps zur Vermeidung typischer Fehler erhalten.
Detaillierte Informationen zu Ablauf und Terminen sind im Internet unter *www.startup-muenchen.de* eingestellt. Die Veranstaltung ist kostenfrei, setzt aber eine Anmeldung für die jeweilige Etappe voraus.

Versteigerung im Kassen- und Steueramt
(8.10.2008) Am Donnerstag, 9. Oktober, ab 9.30 Uhr versteigern die Zentralen Außendienste des Kassen- und Steueramtes im Versteigerungsraum der Gerichtsvollzieherei, Firma Wunder, Schragenhofstraße 27, verschiedene Gegenstände, die im Wege der Zwangsvollstreckung gepfändet wurden. Es werden voraussichtlich Fernsehgeräte, ein Fax-Scanner-Drucker, PCs und zwei Laptops versteigert. Unter den Hammer kommen außerdem ein Saxophon, ein Heimtrainer und ein Distanzmessgerät. Auch ein Ölbild, eine Kommode, ein Navigationsgerät und eine silberfarbene Taschenuhr suchen neue Besitzer. Nach Barzahlung können die ersteigerten Gegenstände sofort mitgenommen werden.

Geänderte Öffnungszeit des Umweltladens am 9. Oktober
(8.10.2008) Der Umweltladen des Referates für Gesundheit und Umwelt am Rindermarkt 10 ist am morgigen Donnerstag, 9. Oktober, aus dienstlichen Gründen nur von 14 bis 17.30 Uhr geöffnet. Die normalen Öffnungszeiten sind: Montag bis Donnerstag 9 bis 12 und 13 bis 17.30 Uhr, Freitag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 16.30 Uhr.Telefonisch ist der Umweltladen zu diesen Zeiten über das Umwelttelefon 2 33- 2 66 66 erreichbar, per E-Mail unter umweltberatung.rgu@muenchen.de. Im Internet lautet die Adresse *www.muenchen.de/umweltladen.*

Auszeichnung für Waldberta-Stipendiaten Peter Johann Engelmayer
(8.10.2008) Die Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken (VGF) vergibt jedes Jahr vier Stipendien an Nachwuchsproduzenten. Die begehrte Auszeichnung beinhaltet die Finanzierung eines komplett eingerichteten Büroraums im Bayerischen Filmzentrum Geiselgasteig für 18 Monate. Eine hochkarätig besetzte Jury mit Oskarpreisträgerin Caroline Link, Produzent Uli Aselmann und Förderreferentin Julia Rappold (Film-

FernsehFonds Bayern) traf die Auswahl der vier Stipendiaten und würdigte u.a. Peter Johann Engelmayer als ambitionierten, aufstrebenden Nachwuchsproduzenten. Der Diplom-Betriebswirt war im Mai und Juni 2008 Stipendiat der Villa Waldberta und hat in dieser Zeit an diversen Projekten gearbeitet, u.a. an dem Dokumentrafilm „Wartesaal Midi" für den Hessischen Rundfunk, der über den Alltag, die Hoffnungen und existenziellen Bedrohungen deutschsprachiger Intellektueller und Künstler erzählt, die während der NS-Zeit ins Exil nach Südfrankreich geflohen sind.

Filmreihe „Junger Deutscher Film" im Filmmuseum

(8.10.2008) Mit der Reihe „Junger Deutscher Film" nimmt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, erneut die Entwicklung der deutschen Filmproduktionen in den Fokus. Vom 10. Oktober bis zum 21. Januar werden in insgesamt 31 Programmen am Freitag, Samstag und Sonntag um 18.30 Uhr deutsche Filme gezeigt, die zwischen 1965 und 1968 produziert wurden.

Nur drei Jahre nach der Unterzeichnung des Oberhausener Manifests als Fanal für den Umbruch im deutschen Film gab es eine beachtliche neue Welle an deutschen Produktionen, die sowohl inhaltlich als auch stilistisch experimentierfreudig und provokativ waren:

Volker Schlöndorff drehte den „Jungen Törless" in der Art der „französischen Schule", Ulrich Schamoni thematisierte in „Es" (1965) das Thema „wilde Ehe" und Schwangerschaftsabbruch, der Journalist und Filmemacher Will Tremper provozierte mit einem neuen Frauenbild in „Playgirl" (1966). Alexander Kluge gewann 1966 mit „Abschied von Gestern" sogar den Silbernen Löwen in Venedig und schuf so größere Aufmerksamkeit für den Jungen Deutschen Film. Hansjürgen Pohland hatte bei der Rezeption seines Films „Katz und Maus", nach dem Roman von Günter Grass, erheblich mit der unverarbeiteten NS-Vergangenheit der Deutschen zu kämpfen; Edgar Reitz zeigte in seinem Debütfilm „Mahlzeiten" (1967) den Kampf der Geschlechter in einer angeblichen Idylle. Als Außenseiter galt Vlado Kristl, der sich gegen jegliche Ordnung auflehnte und der Drehbücher angeblich nur schrieb, um Filmförderung zu bekommen. Visuell stilbildend waren neben den Regisseuren auch die Kameramänner dieser Epoche wie Franz Rath, Thomas Mauch, Jost Vacano und Wolf Wirth.

Zu Gast sind: Edgar Reitz („Mahlzeiten", 8. November), Haro Senft („Der sanfte Lauf", 15. November) und Marran Gosov („Engelchen oder die Jungfrau von Bamberg", 28. November/Kurzfilme, 29. November/„Zuckerbrot und Peitsche", 30. November).

Am Freitag, 7. November, um 18.30 Uhr stellt der Filmhistoriker Heinrich Adolf ein Kurzfilmprogramm der Ulmer Hochschule für Gestaltung vor.

Nähere Informationen zu den Filmen und Terminen sind dem Programmheft des Filmmuseums oder dem Internet unter *www.filmmuseum-muenchen.de* zu entnehmen.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenvorbestellungen sind unter 2 33-2 41 50 möglich.
Achtung Redaktionen: Pressefotos können auf Anfrage unter der Rufnummer 2 33-2 05 38 zur Verfügung gestellt werden.

Villa Waldberta: Hommage an ein freundliches Gespenst
(8.10.2008) Die Villa Waldberta hat viele Gäste gesehen: Verleger, Industrielle, Displaced Persons, Politiker, Künstler – große Geister mithin, aber der eine oder andere hat auch einen Geist gesehen, einen Geist in der Villa Waldberta. Der indische Dichter Dilip Chitre etwa sieht von seinem Appartment aus König Ludwig II.: „It was in the spring of 1997 that he visited me across the Starnberger See in a moonlit and windless night. I was sitting alone in a glass tower of the Villa Waldberta..." – andere sehen andere Geister, Grund genug, in dieser Villa Geister Revue passieren zu lassen: an einem schaurig-schönen Abend mit Texten von Rilke, Poe, Balzac, Wilde und anderen, gelesen von Vera Lippisch. Ernst Matthias Friedrich zaubert dazu geisterhafte Klänge auf seiner Geige herbei. Die Veranstaltung findet am Freitag, 10. Oktober, um 20 Uhr in der Villa Waldberta in Feldafing, Höhenbergstraße 25, im Rahmen des „Literarischen Herbstes" (kuratiert von Elisabeth Carr und Gerd Holzheimer, Internetadresse: *www.kunstraeume-am-see.de*) statt. Der Eintritt kostet 12 Euro, ermäßigt 8 Euro.

Klavierkonzert mit Waldberta-Stipendiat Paolo Marzocchi
(8.10.2008) Im Mai und Juni 2008 war der italienische Komponist und Pianist Paolo Marzocchi zu Gast in der Villa Waldberta und konnte während seines Aufenthalts diverse künstlerische Kontakte knüpfen, u.a. zum Starnberger Franz Liszt-Kreis (*www.franz-liszt-kreis.de*). Dieser Zirkel von Musikliebhabern hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Austausch von Künstlern auf europäischer Ebene zu fördern und deswegen Paolo Marzocchi zu einem Konzertabend eingeladen. Der Musiker hat sich als virtuoser Solopianist einen Namen gemacht und hatte weltweit Auftritte mit diversen Orchestern, nicht zuletzt auch mit seinen eigenen Kompositionen. Institutionen wie die Stiftung Arena di Verona, das Rome Opera Theatre oder der internationale Wettbewerb „Città di Senigallia" vergaben schon Auftragsarbeiten an ihn. Außerdem beschäftigt sich der Musiker auch gerne mit Film- und Videomusik. So komponierte er u.a. den Soundtrack des Dokudramas „Die Baghdadbahn" von Roland May (eine Arte-ARD-Pro-

duktion), sowie für den vielfach prämierten Film „Just Like the Movies“ von Michal Kosakowski, mit dem er momentan an zwei weiteren Projekten für die städtische Kunsthalle lothringer13 arbeitet. Als gefragter Musikdozent ist Paolo Marzocchi auch an den italienischen Universitäten in Urbino und Macerata tätig.
Das Klavierkonzert mit Paolo Marzocchi findet am Samstag, 11. Oktober, um 20 Uhr in der Schlossberghalle Starnberg statt. Das Programm des Konzertabends besteht aus zwei Teilen: zunächst dreht sich alles um Franz Liszt und im zweiten alles um seinen Lieblingsschüler Julius Reubke, der kaum bekannt ist, weil er so früh mit 24 Jahren verstarb. Dennoch gilt Reubkes Werk als zu den schwierigsten der Klavierliteratur gehörend und Paolo Marzocchi gebührt das Verdienst, ihn einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht zu haben. Der Eintritt kostet 15 Euro, für Kinder unter 14 Jahren ist der Eintritt frei.

Fotoausstellung von Calvin Dondo aus Simbabwe
(8.10.2008) Im Foyer des Kulturreferats ist eine Fotoausstellung des Waldberta-Stipendiaten Calvin Dondo aus Simbabwe zu sehen. Er hat deutsche Familien porträtiert, die Kinder anderer Nationalität adoptiert haben. Die Ausstellung ist täglich von 8 bis 18 Uhr in der Burgstraße 4 (nahe Marienplatz) zu besichtigen. Sie läuft noch bis zum 10. Oktober und wandert anschließend nach Bayreuth ins Iwalewa-Haus, dem Afrika-Zentrum der Universität Bayreuth.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 8. Oktober 2008

Menzinger Str. 85, FlNr./Gemarkung
Neubau eines Lebensmittelmarktes mit Stellplätzen
Antrag Stadträtin Ursula Sabathil (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Ursula Sabathil

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
08.10.08

Menzinger Str. 85, FINr. / Gemarkung
Neubau eines Lebensmittelmarktes mit
Stellplätzen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Stadtrat ist unverzüglich der Sachstand bezüglich der Baugenehmigung und der weiteren Planung auf dem Grundstück Menzinger Straße 85 darzustellen.

2. Dem Stadtrat ist darzulegen, warum weder dem Stadtrat NOCH dem Bezirksausschuss die Informationen zugegangen sind, die offenbar die Bürgerschaft erhalten hat, dass nämlich die Firma Lidl ihre Baugenehmigung zurückgegeben hat.

Begründung:

Nachdem die geplante Bebauung des oben genannten Grundstücks bei der angrenzenden Obermenzinger Bürgerschaft und Teilen der Obermenzinger Geschäftswelt zu größten Irritationen und Beunruhigungen geführt hat, womit sich die örtlichen Mandatsträger massiv auseinanderzusetzen hatten, wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, eben diese Mandatsträger von Veränderungen in Kenntnis zu setzen.

U. Sabathil

Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de